

Integration von Flüchtlingen als gemeinsame kommunale Entwicklung

Der wachsende Euroskeptizismus, die mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die große Zahl von Migranten, die bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, sterben, zeigen, dass die EU dringend eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik verfolgen muss. Eine Neuorganisation der Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte der EU zudem zu einem positiven Neubeginn verhelfen, indem sie die **Aufnahme von Flüchtlingen nicht als Belastung, sondern als Chance zur menschlichen Bereicherung, zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Linderung des demografischen Wandels begreift**. Die EU könnte ihren Bürgern so außerdem zeigen, dass sie Lösungen im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik anbieten kann. Das Projekt „*Integration von Flüchtlingen in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung*“ zielt darauf ab, die Flüchtlingspolitik zu dezentralisieren, indem den Kommunen, die bereits die Hauptaufgaben der Integration übernehmen, durch zusätzliche Mittel neue Freiräume und Ressourcen bereitgestellt werden. Da viele Kommunen bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, sollte die Ansiedlung freiwillig sein, wobei sowohl die Interessen der Kommunen als auch die Interessen der Flüchtlinge dabei respektiert werden sollten. Wir schlagen daher vor:

1. Die Schaffung eines europäischen Integrations- und Entwicklungsfonds, bestehend aus:

- Direkter Finanzierung von Gemeinden und Städten
- Gleicher Beitrag für Aufnahme/Integration und Investitionen in die kommunale Entwicklung
- Die Finanzierung in Form einer Finanzhilfe (wenn eine Kofinanzierung erforderlich ist, könnte dies in Form eines (zinslosen) Darlehens mit günstigen Rückzahlungsbedingungen erfolgen)
- Einer Finanzierung für die Dauer von mindestens fünf Jahren (eine kürzere Laufzeit führt nicht zu Wirtschaftswachstum und guter Integration)
- Vereinfachten Antragsverfahren, jedoch mit einer Anti-Korruptionsstrategie

2. Eine dezentralisierte freiwillige Verteilung & Ansiedlung von Flüchtlingen, einschließlich:

- Freiwilliger Mitwirkung von Kommunen
- Den Flüchtlingen die Wahl geben, wo sie sich niederlassen wollen
- Aufbau entsprechender Plattformen, auf denen aufnahmebereite Kommunen einen Fragebogen ausfüllen, was sie von Neuankömmlingen erwarten aber auch was sie bieten und Flüchtlinge können Kommunen anhand dieser Kriterien auswählen
- Überzeugen der nationalen Regierungen (oder einer Gruppe von Regierungen), den Flüchtlingen, die von ihren Kommunen aufgenommen werden wollen, den Zutritt zu gewähren

3. Eine kommunale Multi-Stakeholder-Governance für die Integration von Flüchtlingen, einschließlich:

- Einbezug von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft
- Systematische Multi-Stakeholder Dialoge
- Vorbereitung von Entscheidungen, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, basierend auf einer Multi-Stakeholder-Governance
- Entwicklung gemeinsamer Projektideen durch die enge Zusammenarbeit der Stakeholder, die den Bedürfnissen der Flüchtlinge und der aufnehmenden Gemeinschaften entsprechen
- Austausch und Weitergeben von Ergebnissen und bewährten Verfahren für ein europaweites Publikum durch Aufbau eines Netzwerks von Kommunen, in dem andere Gemeinden und Städte von den Erfahrungen der beteiligten Kommunen lernen können

Konzept: Gesine Schwan. Für weitere Details: Malisa Zobel mzobel@governance-platform.org